

## Postulat zur aktiven Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge

P 11/2015

Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Till Weber (Junge Grüne), Reto Vannini (BDP), Daniela Huber Notter (BDP) und Mitunterzeichnende

### Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, aktiv nach geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge in der Phase II\* zu suchen, resp. Boden für mobile Bauten zur Verfügung zu stellen.

### Begründung

Die Kollektivunterkunft im RAZ Allmendingen wurde Ende 2014 gemäss der Vereinbarung mit den kantonalen Behörden geschlossen. Der Betrieb verlief nahezu reibungslos. All die Befürchtungen, die im Vorfeld geäussert wurden, sind nicht eingetroffen. Trotzdem ist es aufgrund des fehlenden politischen Willens unrealistisch, dass in Thun demnächst erneut eine Kollektivunterkunft eröffnet werden kann.

Im Kanton Bern besteht ein grosser Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende. Der Regierungsrat hat die Situation im Asylbereich bereits im Sommer 2014 zur Notlage erklärt. Vor kurzem hat der bernische Polizeidirektor Hans-Jürg Käser die Öffnung von Zivilschutzanlagen für Asylsuchende bei fünf Gemeinden (Aarberg, Neueneegg, Oberhofen, Wohlen und Täuffelen) verfügt. In einem dringenden Appell ruft er die Gemeinden zur Mithilfe bei der Lösung des Problems auf. Durch die steigende Zahl von Flüchtlingen, welche in Europa Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, wird in nächster Zeit wohl kaum eine Entschärfung der Situation eintreffen.

Thun als drittgrösste Stadt im Kanton steht in der Pflicht, mit mehr Engagement ihren Anteil zur Lösung der fehlenden Plätze beizutragen. Man nehme sich ein Beispiel an der 2000-Seelen Gemeinde Rüderswil im Emmental. Dort hat der Gemeinderat die Bevölkerung dazu aufgerufen, frei stehenden Wohnraum bei der Gemeinde zu melden, damit die Wohnungen an Asylsuchende vermietet werden können.

Damit Platz in den bestehenden Kollektivunterkünften im Berner Oberland für die wöchentlich neu zugewiesenen Flüchtlinge in der Phase I geschaffen werden kann, muss für Asylsuchende in der Phase II Wohnraum gefunden werden. Hier könnte die Stadt Thun eine aktivere Rolle einnehmen und damit ihren Solidaritätsbeitrag erhöhen. Zumal die zentrumsnahe Unterbringung von Asylsuchenden bezüglich Integration und Arbeitssuche viele Vorteile bringt.

Eine Möglichkeit wäre, bei der armasuisse abzuklären, welche Pläne für das seit längerer Zeit leer stehende und ausrangierte Zeughaus im Schoren bestehen, und ob die armasuisse allenfalls Hand bietet für eine Umfunktionierung in Wohnraum für Flüchtlinge. Eine erste Anfrage hat ergeben, dass das Gebäude die nächsten 15 Jahr leer steht.

Zudem könnte das Amt für Stadtliegenschaften leer stehende Wohnungen vermehrt bei der Asylkoordination melden und sie zu fairen Konditionen vermieten.

Weiter soll der Gemeinderat prüfen, dem Beispiel anderer Städte und Gemeinden zu folgen und dem Kanton für die Erstellung von mobilen Bauten Boden zur Verfügung stellen (z.B. Parkplatz Lachenwiese). In Zürich bewähren sich die Containersiedlungen sehr. Diese werden nicht als Kollektivunterkünfte betrieben, sondern dort sind Asylsuchende untergebracht, die normalerweise individuell in Wohnungen leben würden (Phase II).

\* [http://www.pom.be.ch/pom/de/index/migration/schutz\\_vor\\_verfolgung-asyl/organisation\\_desasylbereichsimkantonbern.html](http://www.pom.be.ch/pom/de/index/migration/schutz_vor_verfolgung-asyl/organisation_desasylbereichsimkantonbern.html)

### Dringlichkeit:

wird verlangt  ja  nein

Thun, 20. August 2015

*[Handwritten signatures and notes]*

*Dr. J. Käser*  
*B. J. J. J.*  
*Stauf*  
*...*